

# Auswirkungen von Studiengebühren

Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses  
für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des  
Landes Nordrhein-Westfalen am 4. März 2010

**HIS:Stellungnahme**

Februar 2010

Rückfragen bitte an

Dr. Michael Jaeger  
Tel. (0511) 12 20 377  
E-Mail: [m.jaeger@his.de](mailto:m.jaeger@his.de)

Dr. Christoph Heine  
Tel.: (05 11) 12 20 257  
E-Mail: [heine@his.de](mailto:heine@his.de)

HIS Hochschul-Informationssystem GmbH  
Goseriede 9 | 30159 Hannover | [www.his.de](http://www.his.de)  
Februar 2010

## Inhaltsverzeichnis

1.	Anlass und Inhalt der vorliegenden Stellungnahme .....	1
2.	Auswirkungen von Studiengebühren auf das Übergangsverhalten von Studienberechtigten.....	2
2.1.	Soziale Selektivität im Hochschulzugang .....	2
2.2.	Entwicklung der Studienanfängerzahlen seit 2003 .....	3
2.3.	Ergebnisse aus dem HIS-Studienberechtigtenpanel 2006 .....	5
2.4.	Schlussfolgerungen .....	8
3.	Auswirkungen von Studiengebühren auf die Qualität der Lehre .....	8
	Literaturhinweise .....	12



## 1. Anlass und Inhalt der vorliegenden Stellungnahme

Seit 2006 haben die staatlichen Hochschulen in Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit, von ihren Studierenden allgemeine Studiengebühren<sup>1</sup> bis zu einer Höhe von 500 Euro pro Semester zu erheben. Rechtliche Grundlage ist das Studienbeitrags- und Hochschulabgabengesetz StBAG NRW (Artikel 2 des Gesetzes zur Sicherung der Finanzierungsgerechtigkeit im Hochschulwesen (HFGG)). Neben Nordrhein-Westfalen werden derzeit in fünf weiteren Ländern – Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Niedersachsen und dem Saarland – Studiengebühren erhoben, wobei das Saarland die Abschaffung der Studiengebühren plant. Im Unterschied zu den anderen gebührenerhebenden Ländern liegt in Nordrhein-Westfalen die Entscheidung, ob und in welcher Höhe Studiengebühren zu zahlen sind, bei der jeweiligen Hochschule. Derzeit ist das Studium an 31 der 36 staatlichen nordrhein-westfälischen Hochschulen<sup>2</sup> gebührenpflichtig, wobei zumeist der maximal mögliche Betrag von 500 Euro je Semester erhoben wird.

Wie in anderen Ländern sieht das Studienbeitrags- und Hochschulabgabengesetz in bestimmten Fällen Ausnahmen von der Pflicht zur Zahlung Studiengebühren sowie Befreiungstatbestände vor, z. B. die Pflege und Erziehung von minderjährigen Kindern für maximal drei Semester der Beitragspflicht. Zudem haben die Studierenden die Möglichkeit zur Aufnahme eines Darlehens zur Finanzierung der Studiengebühren bei der NRW.Bank. Übersteigen die Verbindlichkeiten aufgrund der Aufnahme eines Studienbeitragsdarlehens sowie aus dem Bezug von Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) zusammengekommen die Grenze von 10.000 Euro, muss der diese Grenze übersteigende Betrag des Darlehens nicht zurückgezahlt werden. Studierende, die in höherem Umfang BAföG-Leistungen beziehen, müssen daher nur einen kleinen oder gar keinen Teil der Studienbeitragsdarlehen zurückzahlen. Diese Kappungsgrenzen liegen in den anderen gebührenerhebenden Ländern deutlich höher (bei mindestens 15.000 Euro).

Zusätzlich zu den allgemeinen Studiengebühren erlaubt das StBAG den Hochschulen, Beiträge für die Auswahl und Betreuung ausländischer Studierender zu erheben, soweit diese nicht einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den europäischen Wirtschaftsraum angehören oder die deutsche Hochschulzugangsberechtigung besitzen. Derzeit machen zwei Hochschulen von dieser Möglichkeit Gebrauch.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im nordrhein-westfälischen Landtag hat einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Studiengebühren vorgelegt (Drucksache 14/10144), der am 4. März 2010 Gegenstand einer öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, For-

<sup>1</sup> Das StBAG spricht von Studienbeiträgen, der von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgelegte Gesetzentwurf verwendet den Begriff Studiengebühren. Die Begriffe beziehen sich in rechtlicher Hinsicht auf unterschiedliche Sachverhalte; allerdings ist diese Differenzierung für den Inhalt der vorliegenden Stellungnahme von nachgeordneter Relevanz. In der vorliegenden Stellungnahme wird daher aus Gründen der Übersichtlichkeit in der Regel der Begriff „Studiengebühren“ verwendet.

<sup>2</sup> Ohne die Fachhochschule für Finanzen Nordrhein-Westfalen.

schung und Technologie sein wird. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begründet die von ihr angestrebte Abschaffung der Studiengebühren im Gesetzentwurf mit folgenden Argumenten:

1. Die 2006 eingeführten Studiengebühren hätten die soziale Auslese im Bildungssystem massiv verschärft.
2. Gleichzeitig hätten sich für die Studierenden keine spürbaren Effekte bezogen auf die Qualität der Lehre und auf die Studienbedingungen an den Hochschulen gezeigt.
3. Unstimmigkeiten bei der Verwendung der Studiengebühren hätten zu erheblicher Unruhe an den Hochschulen geführt, was sich ebenfalls negativ auf die Arbeit der Hochschulen ausgewirkt habe.
4. Die Möglichkeit zur Erhebung gesonderter Gebühren für die Betreuung ausländischer Studierender habe sich nicht bewährt, weil sie sich dort, wo sie zur Anwendung gekommen sei, negativ auf die Attraktivität des Hochschulstandortes ausgewirkt habe.

In den folgenden Abschnitten wird zu den unter (1) und (2) aufgeführten Argumenten ausführlich Stellung genommen, wobei empirische Daten aus den einschlägigen HIS-Erhebungen herangezogen werden. Die Aussagen unter (3) und (4) werden nicht kommentiert.

## 2. Auswirkungen von Studiengebühren auf das Übergangsverhalten von Studienberechtigten

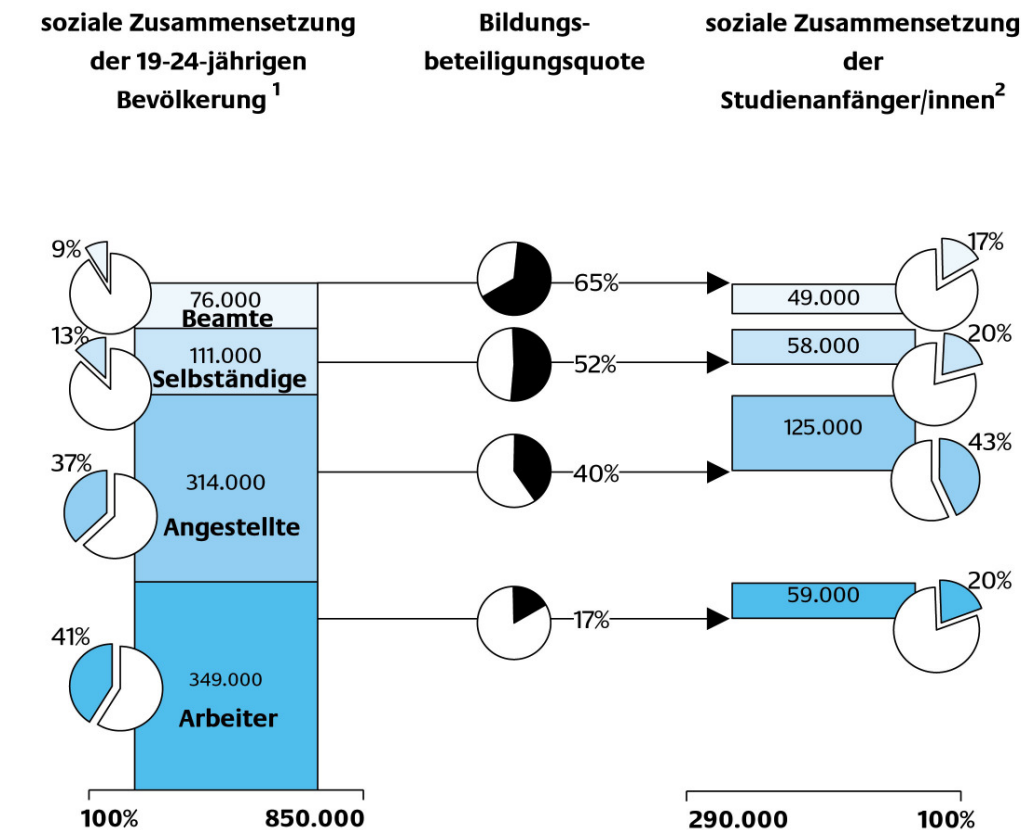
### 2.1. Soziale Selektivität im Hochschulzugang

Die im Gesetzentwurf von Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgetragene Argumentation einer Verschärfung sozialer Auswahleffekte durch die Einführung von Studiengebühren geht implizit von der Annahme aus, dass bereits unabhängig von der Erhebung von Studiengebühren soziale Selektionseffekte im Bildungssystem vorliegen. Dieser Sachverhalt kann empirisch bestätigt werden: Die einschlägigen HIS-Befragungen (Studienberechtigte, Studienanfänger, Sozialerhebung) weisen seit Jahrzehnten aus, dass die Bildungsbeteiligung deutlich von der sozialen Herkunft – ob erhoben über den beruflichen Status der Eltern oder über den Bildungshintergrund – beeinflusst wird. Wie beispielsweise Abbildung 1 für das Jahr 2005 (18. Sozialerhebung) zeigt, nehmen Kinder aus Beamtenfamilien in 65 % der Fälle ein Studium auf, Kinder von Selbstständigen in 52 % der Fälle (vgl. Isserstedt/Middendorf/Fabian/Wolter 2007). Bei Kindern aus Arbeiterhaushalten liegt dieser Anteil hingegen nur bei 17 %.

Mit Blick auf die möglichen Auswirkungen der Einführung von Studiengebühren stellt sich demnach die Frage, inwieweit diese soziale Selektivität im Hochschulzugang im Kontext der Gebühreneinführung noch zunimmt, indem beispielsweise Studienberechtigte aus bildungsfernen Schichten in höherem Maße durch Studiengebühren von der Aufnahme eines Studiums abgeschreckt werden als Schulabgänger/innen aus akademischen Elternhäusern. Angesichts der in den Ländern umgesetzten Maßnahmen zur Sicherung der Sozialverträglichkeit der Studiengebühren erscheint es aber auch möglich, dass solche Effekte nur bedingt auftreten oder völlig ausbleiben. Diese Frage wird in den beiden folgenden Abschnitten untersucht: Zum einen anhand der

Entwicklung der amtlichen Studienanfängerzahlen seit 2003, zum anderen anhand von Ergebnisse aus dem HIS-Studienberechtigtenpanel.

**Abbildung 1: Soziale Selektivität beim Hochschulzugang 2005 (nur Deutsche, absolut und in %)**



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

<sup>1</sup> Synthetischer Bezugsjahrgang (durchschnittliche Jahrgangsstärke der 19-24-jährigen deutschen Bevölkerung in Deutschland), (Werte gerundet)

<sup>2</sup> Deutsche Studienanfänger/innen im Studienjahr 2005/06 an Universitäten, Fachhochschulen und Verwaltungsfachhochschulen (Werte gerundet)

Quellen: StBA: Bevölkerungszahlen; StBA: Hochschulstatistik; StBA: Sonderauswertung des Mikrozensus 2000; HIS: Studienanfängerbefragung WS 2005/06

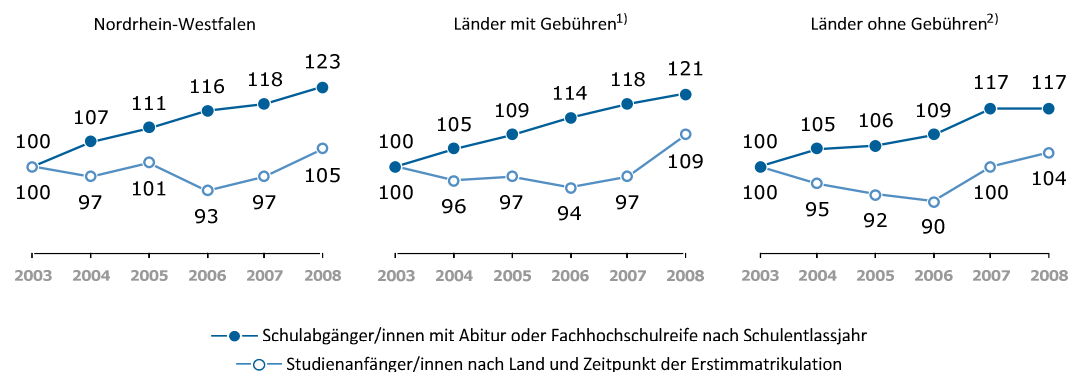
## 2.2. Entwicklung der Studienanfängerzahlen seit 2003

Mit Blick auf die mögliche abschreckende Wirkung von Studiengebühren wird zunächst die Entwicklung der Studienanfängerzahlen insgesamt – also ohne Differenzierung nach sozialem Hintergrund – für den Zeitraum seit 2003 betrachtet, und zwar für Nordrhein-Westfalen, für die Gruppe der gebührenerhebenden Länder insgesamt (einschließlich Nordrhein-Westfalen) sowie für die Gruppe der gebührenfreien Länder (vgl. Abbildung 2). Trifft die Vermutung zu, dass studierwillige Personen durch die Einführung von Studiengebühren von der Aufnahme eines Studiums abgehalten werden, sollte sich dies in einer unterschiedlichen Entwicklung der Studienanfängerzahlen in Ländern mit und ohne Studiengebühren bemerkbar machen. Festzu-

stellen ist, dass die Zahl der Studienanfänger bei kontinuierlich steigenden Studienberechtigtenzahlen seit 2003 zunächst zurückgegangen ist, und zwar sowohl in Nordrhein-Westfalen wie auch in den beiden Ländergruppen mit und ohne Studiengebühren. 2006 – und damit in dem Jahr, in welchem in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen erstmals Studiengebühren erhoben wurden – wurde ein Tiefpunkt erreicht. Dies gilt in besonderem Maße für Nordrhein-Westfalen, wo die Zahl der Studienanfänger/innen von 2005 auf 2006 um acht Prozentpunkte gesunken ist.

Seit 2007 ist hingegen eine Trendumkehr in Form deutlich ansteigender Studienanfängerzahlen festzustellen, wiederum sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch in den beiden Ländergruppen mit und ohne Studiengebühren. Dieser Anstieg fällt zwar in Nordrhein-Westfalen sowie in der Gruppe der gebührenerhebenden Ländern insgesamt für 2007 – in diesem Jahr wurden in weiteren Ländern Studiengebühren eingeführt – zunächst geringer aus als in der Gruppe der gebührenfreien Länder, im Folgejahr ist dieser Unterschied aber nicht mehr zu beobachten. Der deutliche Anstieg der Studienanfängerzahlen in der Gruppe der gebührenerhebenden Länder in 2008 ist zum Teil allerdings auch darin begründet, dass ab 2008 die Studienanfänger der vormaligen Berufsakademien in Baden-Württemberg in die Statistik einbezogen werden. Auf diese Personengruppe entfällt ein Anteil von etwa 5 % des für 2008 ausgewiesenen Indexwertes.

**Abbildung 2: Studienanfänger/innen und Schulabgänger/innen im Zeitverlauf: Nordrhein-Westfalen sowie Bundesländer mit und ohne Studiengebühren (Index, 2003 = 100)**



1) Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland

2) Bremen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

Quelle: Statistisches Bundesamt

Auf Basis der Studienanfängerzahlen lassen sich mithin für Nordrhein-Westfalen nur bedingt Hinweise auf eine – ggf. sozial selektive – abschreckende Wirkung von Studiengebühren auf studienberechtigte Schulabgänger/innen ableiten: Zwar könnte der starke Rückgang der Studienanfängerzahlen von 2005 auf 2006 bei gleichzeitig steigenden Studienberechtigtenzahlen teilweise auf Abschreckungseffekte durch die 2006 eingeführten Studiengebühren zurückzuführen sein. Allerdings wurde dieser Einbruch bei der Studierneigung durch den Anstieg der Anfängerzahlen in den Folgejahren mehr als ausgeglichen, und beide Trends – Abnahme der Anfängerzahlen bis 2006, deutlicher Anstieg seit 2007 – zeigen sich in gebührenerhebenden wie gebührenfreien Ländern gleichermaßen. Soweit sich die Einführung von Studiengebühren auf die Studienentscheidung der Studienberechtigten ausgewirkt haben sollte, sind diese Effekte somit durch den Einfluss anderer Faktoren – etwa die doppelten Abiturjahrgänge in einigen Bundesländern oder



die Studienstrukturreform – überlagert worden. Weiteren Aufschluss können daher nur Befunde aus Befragungen der studienberechtigten Schulabgängerinnen und Schulabgängern zur Auswirkung von Studiengebühren auf ihre Studienpläne geben.

### 2.3. Ergebnisse aus dem HIS-Studienberechtigtenpanel 2006

Auf Basis der von HIS regelmäßig durchgeführten Befragungen von studienberechtigten Schulabgängerinnen und Schulabgängern bietet sich die Möglichkeit, empirische Aussagen zu den Auswirkungen von Studiengebühren auf die jeweils getroffene Studienentscheidung zu treffen. Hierfür wurde eigens ein Erhebungsmodul entwickelt und erstmals bei der Befragung der Studienberechtigten des Jahrgangs 2006 eingesetzt. Da 2006 bereits in zwei Bundesländern – Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen – Studiengebühren eingeführt bzw. ermöglicht worden waren, lassen sich aus diesen Daten bereits erste empirisch belastbare Anhaltspunkte zu den Auswirkungen von Studiengebühren auf das Übergangsverhalten der Studienberechtigten gewinnen. Die Auswertungen zur Befragung der Studienberechtigten des Jahrgangs 2008 werden erst in den nächsten Monaten abgeschlossen, so dass diese noch nicht herangezogen werden können.

Der Studienberechtigtenbefragung 2006 liegt eine Stichprobe von 5.240 Schulabgänger/innen zugrunde, die ein halbes Jahr nach Erwerb ihrer Hochschulzugangsberechtigung befragt wurden. Mit Blick auf die Relevanz von Studiengebühren für die Entscheidung für oder gegen die Aufnahme eines Studiums sind die folgenden Effekte zu konstatieren (vgl. ausführlicher Heine/Quast/Spangenberg 2008):

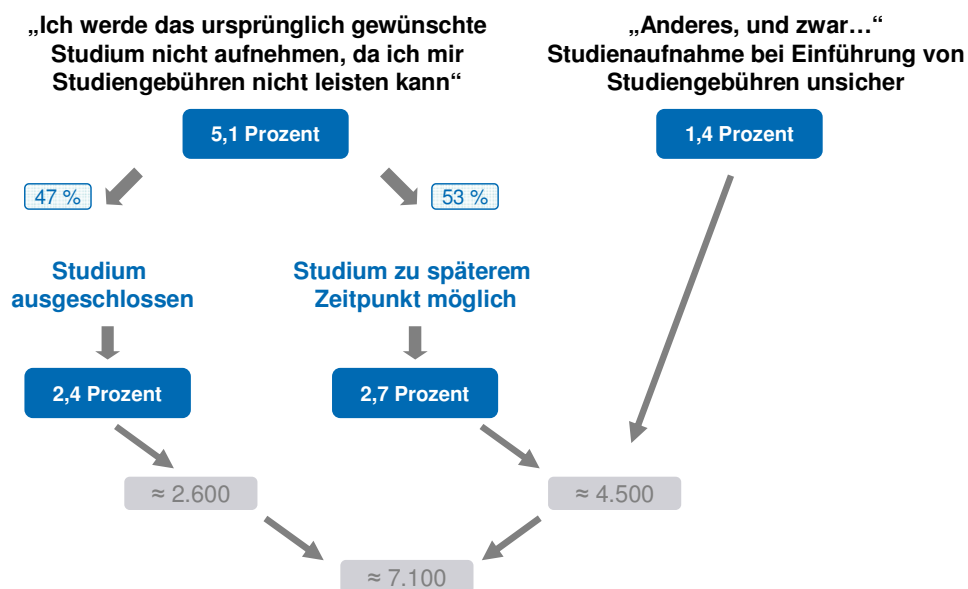
#### 1. Studienverzicht aufgrund von Studiengebühren:

- Gut 5 % der Studienberechtigten des Jahrgangs 2006 in Nordrhein-Westfalen geben an, das ursprünglich gewünschte Studium nicht aufzunehmen, da sie sich Studiengebühren nicht leisten können (vgl. Abbildung 2). Knapp die Hälfte dieser Studienberechtigten schließt dabei auch für die Zukunft der Möglichkeit einer Studienaufnahme definitiv aus. Zu den genannten gut 5 % der Studienberechtigten kommen weitere 1,4 %, die angegeben haben, sich bei einer Einführung von Studiengebühren hinsichtlich der Aufnahme eines Studiums unsicher zu sein. Damit kann die Zahl der Studienberechtigten des Jahrgangs 2006 in Nordrhein-Westfalen, die nach eigenen Angaben aufgrund von Studiengebühren auf ein Studium verzichten, recht gut eingegrenzt werden: Sie liegt zwischen minimal 2,4 % (eine Studienaufnahme wird definitiv ausgeschlossen) und maximal 6,5 % (ein Studium wird zum Teil noch zu einem späteren Zeitpunkt in Erwägung gezogen). In Absolutzahlen hochgerechnet sind dies zwischen 2.600 und 7.100 der Studienberechtigten des Jahrgangs 2006, die in Nordrhein-Westfalen ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben (vgl. Abbildung 3). Bundesweit liegt die Spannweite etwas geringer zwischen 1,4 und 4,4 %. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die nur in einigen Ländern erfolgte Einführung von Studiengebühren bemerkenswerterweise auch unter den Studienberechtigten solcher Länder signifikante Abschreckungseffekte entfaltet hat, in denen die Einführung von Studiengebühren hochschulpolitisch nicht angestrebt und bis heute auch nicht umgesetzt wurde. So haben beispielsweise auch in den ostdeut-

schen Bundesländern 3 % der Studienberechtigten angegeben, aufgrund der Einführung von Studiengebühren auf die Aufnahme eines Studiums zu verzichten.

- Nordrhein-westfälische Schulabgänger/innen aus Elternhäusern mit nicht-akademischem Hintergrund geben mit gut 7 % geringfügig häufiger als Studienberechtigte aus Elternhäusern mit akademischen Bildungshintergrund (6 %) an, aufgrund der Einführung von Studiengebühren auf ein Hochschulstudium zu verzichten bzw. sich bei einer Einführung von Studiengebühren unsicher zu sein. Bundesweit macht sich der Einfluss der sozialen Herkunft stärker bemerkbar: Während knapp 6 % der Schulabgänger/innen aus nicht-akademischen Elternhäusern aufgrund von Studiengebühren auf die Realisierung der Studienoption verzichten, sind es unter den Studienberechtigten aus akademischen Elternhäusern lediglich 3 %.

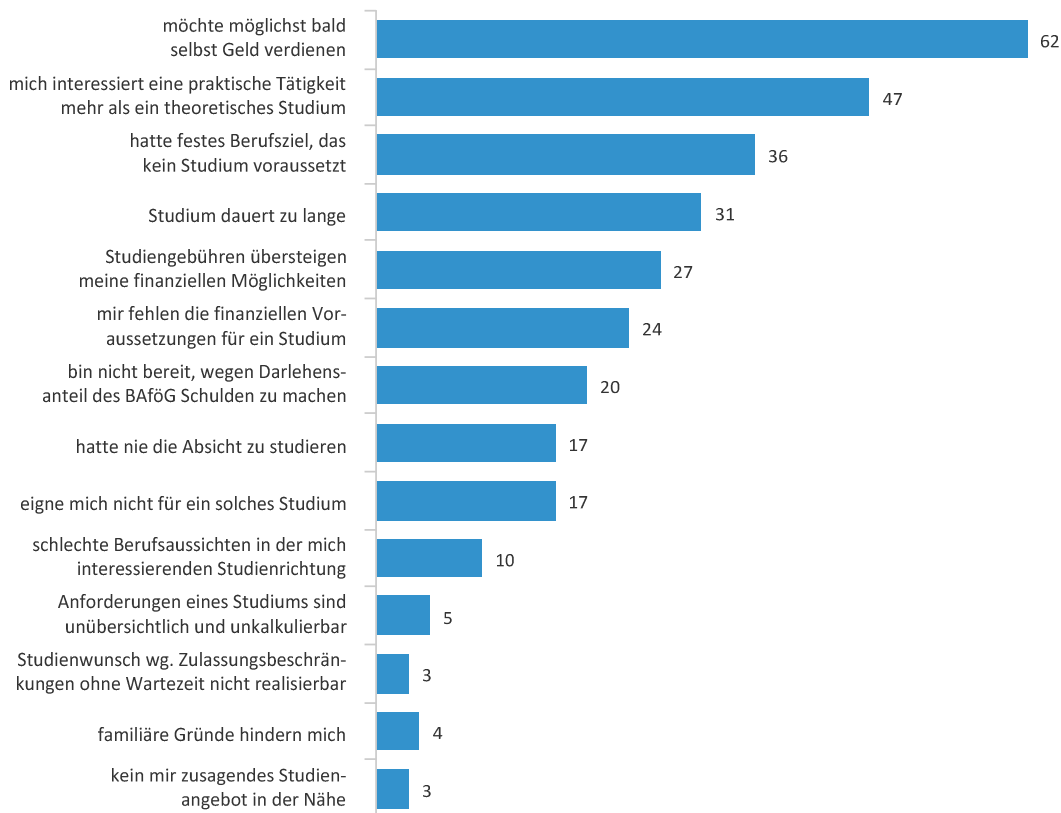
**Abbildung 3: Studienverzicht aufgrund von Studiengebühren (Studienberechtigte 2006 NRW ½ Jahr nach Schulabgang)**



## 2. Studiengebühren vor dem Hintergrund anderer Motive für Studienverzicht:

- Betrachtet man die von den Studienberechtigten genannten Gründe für einen Studienverzicht insgesamt, kommt Studiengebühren als Verzichtsmotiv keine dominierende Bedeutung zu: Die am häufigsten von den Studienberechtigten 2006 in Nordrhein-Westfalen genannten Gründe für einen Studienverzicht sind der Wunsch, möglichst bald eigenes Geld zu verdienen (62 % der Studienberechtigten, die kein Studium in Erwägung ziehen), mehr an einer praktischen Tätigkeit als an einem theoretischen Studium interessiert zu sein (47 %) oder ein festes Berufsziel zu verfolgen, das kein Studium voraussetzt (36 %, vgl. Abbildung 4). Unter den auf finanzielle Restriktionen abzielenden Gründen für Studienverzicht – z. B. allgemein fehlende finanzielle Voraussetzungen für ein Studium, fehlende Bereitschaft zur Verschuldung für den Darlehensanteil des BAföG – sind Studiengebühren jedoch der am häufigsten angeführte Hinderungsgrund (27 %). Dies gilt sowohl für die Studienberechtigten aus Nordrhein-Westfalen wie auch für die Studienberechtigten bundesweit. Erste Vorabauswertungen der Befragung der Studien-

**Abbildung 4: Gründe für den Studienverzicht in v.H. der Studienberechtigten 2006 aus Nordrhein-Westfalen, die ein Studium nicht in Erwägung ziehen (Mehrfachnennungen möglich)**



berechtigten des Jahrgangs 2008 weisen zudem in die Richtung, dass die Relevanz finanzieller Restriktionen als Grund für Studienverzicht gegenüber 2006 eher zugenommen hat (vgl. Heine/Quast 2009).

- Je nach sozialer Herkunft sind zum Teil unterschiedliche Gründe für einen Studienverzicht relevant. So begründen beispielsweise 44 % der auf eine Studienaufnahme verzichtenden Schulabgänger/innen aus nicht-akademischen Elternhäusern dies mit einem festen Berufsziel, das kein Studium voraussetzt; unter den Studienberechtigten aus akademischen Elternhäusern sind dies lediglich 25 % (tabellarisch nicht ausgewiesen). Bei den finanziell begründeten Motiven sind allerdings – zumindest bei den Studienberechtigten in Nordrhein-Westfalen – nahezu keine Einflüsse der sozialen Herkunft nachweisbar: Lediglich das Motiv, keine BAföG-Schulden machen zu wollen, wird von Studienberechtigten aus akademischen Elternhäusern mit 17 % seltener als Grund für einen Studienverzicht angegeben als von Studienberechtigten aus Elternhäusern ohne akademischen Hintergrund (gut 21 %). Bundesweit macht sich hingegen auch bei den finanziellen Gründen für einen Studienverzicht ein Einfluss der sozialen Herkunft bemerkbar: 28 % der Studienberechtigten aus nicht-akademischen Elternhäusern führen Studiengebühren als Grund für einen Studienverzicht an gegenüber 24 % der Schulabgänger/innen aus akademischen Elternhäusern. Auch bei den anderen auf finanzielle Restriktionen abzielenden Gründen zeigen sich im bundesweiten Durchschnitt entsprechende Unterschiede.

## 2.4. Schlussfolgerungen

Zusammenfassend können aus den Ergebnissen der Studienberechtigtenbefragung 2006 zwei Schlussfolgerungen gezogen werden:

- Zwischen 2.600 und 7.100 Studienberechtigten des Jahrgangs 2006 in Nordrhein-Westfalen geben an, aufgrund der Einführung von Studiengebühren auf die Aufnahme eines Studiums zu verzichten. Dies ist ein nennenswerter Anteil, erreicht jedoch nicht die Größenordnung, die in den hochschulpolitisch geführten Debatten teilweise befürchtet wurde. Es überrascht insofern nicht, dass sich auch in der Entwicklung der Studienanfängerzahlen in Nordrhein-Westfalen wie auch der gebührenerhebenden Länder insgesamt nur bedingt entsprechende Effekte identifizieren lassen. Soweit sie tatsächlich vorliegen, werden sie offensichtlich von anderen Einflussfaktoren überlagert.
- Eine sozial selektive Wirkung von Studiengebühren kann – bezogen auf die Entscheidung für oder gegen ein Studium – anhand der bisher zur Verfügung stehenden Daten für Nordrhein-Westfalen nicht bestätigt werden. Auf bundesweiter Ebene hingegen weisen die bisherigen Auswertungen auf Effekte der sozialen Herkunft hin. Dies könnte als Hinweis darauf gewertet werden, dass die in Nordrhein-Westfalen umgesetzten Maßnahmen zur Sicherung der Sozialverträglichkeit besser wirken und kommuniziert wurden als in den anderen gebührenerhebenden Ländern. Insbesondere aufgrund der niedriger als in anderen Ländern gesetzten Kappungsgrenze in Höhe von 10.000 Euro wäre dies durchaus plausibel. Eine Bestätigung dieses Trends anhand der Angaben des Jahrgangs 2008 muss jedoch abgewartet werden, um belastbare Schlussfolgerungen ziehen zu können.

Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass sich sozial selektive Auswirkungen von Studiengebühren nicht nur im Sinne eines Studienverzichts, sondern auf andere Weise auf das Übergangsverhalten von Studienberechtigten auswirken können, etwa in Form eines Trends zur Studienaufnahme an gebührenfreien Hochschulen. Aus Aufwandsgründen wurden entsprechende, gezielt auf Nordrhein-Westfalen abstellende Analysen für die vorliegende Stellungnahme nicht vorgenommen. Die im Rahmen der oben genannten Untersuchung durchgeführten Auswertungen weisen aber darauf hin, dass sich das Wahlverhalten der Studierenden im Kontext der Einführung von Studiengebühren nicht wesentlich verändert hat. Anzeichen für einen Trend zur Gebührenflucht – in der Form, dass Studienberechtigte aus gebührenpflichtigen Ländern zur Aufnahme eines Studiums verstärkt in gebührenfreie Länder abwandern – können bisher nicht identifiziert werden. Offensichtlich sind andere Motive für die Wahl der Hochschule – wie etwa die Entsprechung des Studienangebots zu fachlichen Interessen oder die Nähe zum Heimatort – von größerer Bedeutung (vgl. Heine/Willich/Schneider/Sommer 2008).

## 3. Auswirkungen von Studiengebühren auf die Qualität der Lehre

Wie in anderen gebührenerhebenden Ländern gehörte auch in Nordrhein-Westfalen die Verbesserung der Lehrqualität zu den primären hochschulpolitischen Zielen, die mit der Einführung von Studiengebühren verfolgt wurden (vgl. z. B. Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung

und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen 2006). Entsprechende qualitätsfördernde Effekte sind dabei insbesondere dadurch zu erwarten, dass die Hochschulen zusätzliche Mittel für die Lehre einsetzen können, etwa für die Verbesserung der Ausstattung. Zudem wird vielfach argumentiert, dass durch Studiengebühren wettbewerbliche Anzeizeffekte entfaltet werden. Gemäß dieser Erwartung könnten Hochschulen, denen es in überdurchschnittlichem Maße gelingt, mithilfe der Einnahmen aus Studiengebühren die Lehrbedingungen zu verbessern, ihre Attraktivität für Studienberechtigte steigern und für die Zukunft folglich mit steigenden Studierendenzahlen und besserer Auslastung rechnen.

In dem Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abschaffung der Studiengebühren wird hingegen argumentiert, dass die Einführung der Studiengebühren bisher keine spürbaren Effekte bezogen auf die Qualität der Lehre und auf die Studienbedingungen an den Hochschulen entfaltet habe. In der Tat scheinen die in den Medien kontrovers geführte Diskussion um die zweckgemäße Verwendung von Studiengebühren (vgl. z. B. DIE ZEIT vom 05.02.2009) sowie die Ergebnisse von Studierendenbefragungen eine skeptische Haltung naheulegen: So gaben beispielsweise 2008 und 2009 jeweils nahezu drei Viertel der im Rahmen des Gebührenkompass befragten Studierenden gebührenerhebender Hochschulen an, dass es an ihrer Hochschule aufgrund der Einführung von Studiengebühren zu keiner Verbesserung der Lehrbedingungen gekommen sei (vgl. Voeth 2009). Allerdings werden im Gebührenkompass nur solche Verbesserungen erfasst, die für die Studierenden ersichtlich auf die Verwendung von Einnahmen aus Studiengebühren zurückzuführen sind. Häufig ist aber nicht unmittelbar transparent, ob wahrgenommene Veränderungen der Studienbedingungen auf den Einsatz zusätzlicher Mittel aus Studiengebühren oder aber auf andere Faktoren – z. B. aufgrund von Evaluationsverfahren oder im Kontext der Studienstrukturreform – zurückzuführen sind.

Abhilfe kann hier ein Untersuchungsdesign schaffen, das mehrjährig angelegt ist und einen Vergleich der Bewertungen von Studierenden von gebührenerhebenden Hochschulen mit solchen von gebührenfreien Hochschulen erlaubt. Ein solches Instrument steht mit dem Studienqualitätsmonitor (SQM) zur Verfügung, den die HIS GmbH seit 2007 zusammen mit der AG Hochschulforschung der Universität Konstanz durchführt.

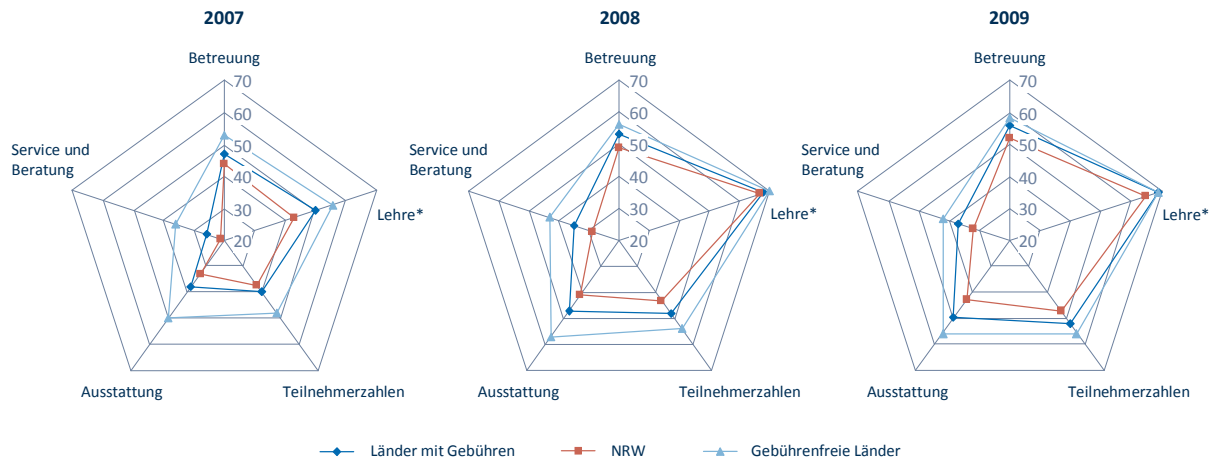
Der SQM ist eine bundesweit repräsentative Online-Erhebung der Studierendensicht auf Studienqualität, die jährlich im Frühjahr durchgeführt wird (vgl. Bargel/Müßig-Trapp/Willige 2008, Heine/Willich/Schneider/Sommer 2009). Ziel ist es, die Veränderungen der Studienqualität infolge der vielfältigen Veränderungen in der Hochschullandschaft – zu nennen sind insbesondere die Implementierung der neuen Studienstrukturen sowie die Einführung von Studiengebühren – im Sinne eines Monitorings nachzuzeichnen. Die „Nullmessung“ fand im Frühjahr 2007 bewusst zu einem Zeitpunkt statt, zu dem Studiengebühren noch nicht zu „sichtbaren“ Veränderungen im Hochschulalltag geführt haben können. Damit ermöglicht der SQM einerseits einen Vergleich der Qualitätsbewertungen von Studierenden aus Gebührenländern mit solchen aus Ländern ohne Studiengebühren. Zum anderen kann die Entwicklung der Qualitätseinschätzungen im Zeitverlauf analysiert werden, um festzustellen, ob eventuelle Qualitätszuwächse an Gebührenhochschulen im Durchschnitt höher ausfallen als an Hochschulen ohne Studiengebühren. Derzeit beteiligen sich etwa 100 Hochschulen am SQM, weitere Studierende werden über das HISBUS-Online-Panel rekrutiert. Der Rücklauf lag bei den bisherigen Erhebungen bei etwa 14 %, was jeweils zwischen 22.000 und 30.000 Studierenden entspricht.

Abbildung 5 gibt die Ergebnisse für einen Ausschnitt der betrachteten Qualitätsdimensionen für die Jahre 2007 bis 2009 wieder, und zwar für Nordrhein-Westfalen, für die gebührenerhebenden Länder insgesamt (einschließlich Nordrhein-Westfalen) sowie für die gebührenfreien Länder. Folgende Ergebnisse sind hervorzuheben:

- Die Studierenden an nordrhein-westfälischen Hochschulen bewerten insbesondere die Betreuung und die Lehrqualität an ihrer Hochschule positiv. Jeweils mehr als 50 % sind 2009 damit zufrieden oder sehr zufrieden. Verbesserungsbedarf sehen die Studierenden hingegen vor allem bei den Service- und Beratungsleistungen der Hochschule: Nur 32 % äußern sich hier zufrieden oder sehr zufrieden. Ein ähnliches Ergebnismuster – hohe Zufriedenheit mit der Lehrqualität und der Betreuung, Verbesserungsbedarf im Bereich Service und Beratung – zeigt sich auch für die Gruppe der gebührenerhebenden Länder insgesamt sowie für die Gruppe der gebührenfreien Länder.
- Im Quervergleich fällt auf, dass die Studierenden an Hochschulen in gebührenfreien Ländern bei den meisten Beurteilungsdimensionen (insbesondere Teilnehmerzahlen an den Lehrveranstaltungen, Ausstattung, Service/Beratung) eine höhere Zufriedenheit mit den Studienbedingungen konstatieren als die Studierenden an Hochschulen aus gebührenerhebenden Ländern. Diese Differenz ist möglicherweise auf strukturelle Unterschiede zwischen den beiden Ländergruppen zurückzuführen: So gehören z. B. alle neuen Bundesländer mit den zu meist günstigeren Betreuungsverhältnissen an den dortigen Hochschulen zur Gruppe der nicht gebührenerhebenden Länder. Auffallend ist weiterhin, dass die Studierendenbewertungen an den NRW-Hochschulen über den gesamten Erhebungszeitraum deutlich ungünstiger ausfallen als bei den beiden Vergleichsgruppen. Auch hier könnten strukturelle Unterschiede, etwa mit Blick auf die durchschnittlichen Hochschulgrößen, eine Rolle spielen.
- Die Zufriedenheit der Studierenden hat im Zeitverlauf deutlich zugenommen. So ist der Anteil der Studierenden an NRW-Hochschulen, die mit den Teilnehmerzahlen und mit der Ausstattung an ihrer Hochschule zufrieden oder sehr zufrieden sind, von 2007 auf 2009 um 10 % gestiegen. Ähnliche Zuwächse zeigen sich auch in den beiden betrachteten Ländergruppen mit und ohne Studiengebühren. Diese Entwicklung muss allerdings zunächst vor dem Hintergrund eines auch in anderen Untersuchungen nachweisbaren Trends gesehen werden, demgemäß sich die Studienqualität im Spiegel studentischer Wahrnehmung in den vergangenen zwei Jahrzehnten kontinuierlich verbessert hat. Neben der Möglichkeit tatsächlich erreichter Verbesserungen der Studienbedingungen müssen hier auch Antworteffekte in Betracht gezogen werden (vgl. Jaeger/Willige 2009).
- Im Vergleich der Entwicklungstrends zwischen gebührenerhebenden und gebührenfreien Ländern ist festzustellen, dass die Zufriedenheit der Studierenden in den gebührenpflichtigen Ländern von 2007 auf 2009 stärker zugenommen hat als diejenige der Studierenden aus gebührenfreien Hochschulen. Dies gilt insbesondere beim Aspekt Betreuung: In den gebührenerhebenden Ländern haben sich die Bewertungen hier um 9 % verbessert, in den gebührenfreien Ländern nur um 5 %. Dies führt dazu, dass sich die Bewertungen der Studierenden aus gebührenfreien und solchen aus gebührenerhebenden Ländern im Zeitverlauf angleichen, wie auch in Abbildung 5 deutlich zum Ausdruck kommt.

**Abbildung 5: Gesamtzufriedenheit Studierender mit den Studienbedingungen: Nordrhein-Westfalen sowie Länder mit und ohne Studiengebühren 2007 bis 2009**

Werte 4+5 „(sehr) zufrieden“ einer fünfstufigen Skala zusammengefasst, in %



\* Aufgrund unterschiedlicher Erhebung 2007 („Lehrangebot“) und 2008/2009 („Fachliche Qualität der Lehrveranstaltungen“) kein unmittelbarer Vergleich möglich.

Unterschiede zwischen den Ländern mit und ohne Studiengebühren zeigen sich auch bei der den Studierenden direkt gestellten Frage, ob sich die Studienbedingungen in der letzten Zeit verändert haben. Dieses Item war nur in den Erhebungen 2007 und 2008 Bestandteil des Fragenkatalogs im SQM. Wie Tabelle 1 ausweist, nehmen in 2008 substantielle Anteile der befragten Studierenden solche positiven Veränderungen wahr, bei der Dimension Ausstattung beispielsweise etwa ein Drittel. In den Gebührenländern konstatieren die Studierenden indes häufiger Qualitätsverbesserungen als in den gebührenfreien Ländern, vor allem bezogen auf die Bereiche Betreuung, Ausstattung und Service/Beratung. Die Ergebnisse für Nordrhein-Westfalen ordnen sich dabei zwischen diesen beiden Ländergruppen ein. Im Vergleich zu 2007 fällt auf, dass 2008

**Tabelle 1: SQM 2007 und 2008: Quer-/Längsschnittvergleich der Wahrnehmung von Qualitätsveränderungen**

Frage: „Haben sich die Studienbedingungen in der letzten Zeit in den folgenden Bereichen verändert?“

	Nordrhein-Westfalen		Gebührenländer		Nicht-Gebührenländer	
5-stufige Skala „sehr schlecht“ bis „sehr gut“, Werte 4+5 (sehr) gut, in %	Zuwachs ggü. 2007	2008	Zuwachs ggü. 2007	2008	Zuwachs ggü. 2007	2008
Betreuung	8	19	7	21	1	13
Lehre	kein Vgl.	15	kein Vgl.	16	kein Vgl.	18
Teilnehmerzahlen	8	23	7	23	7	24
Ausstattung	12	30	12	35	-2	28
Service/Beratung	6	21	5	23	-2	16

---

zumeist mehr Studierende positive Veränderungen zu Protokoll geben, wobei dies fast ausschließlich in den gebührenerhebenden Ländern – und besonders auch in Nordrhein-Westfalen – auftritt.

Als Fazit ist festzuhalten, dass die These einer weitgehenden Wirkungslosigkeit der Einnahmen aus Studiengebühren mit Blick auf die Qualität der Lehre sowie die Studienbedingungen anhand der Ergebnisse des Studienqualitätsmonitors nicht bestätigt werden kann. Die aus den bisherigen Erhebungsrounds vorliegenden Ergebnisse lassen vielmehr systematische Trendunterschiede zwischen gebührenerhebenden und gebührenfreien Ländern erkennen, die sich plausibel (wenn auch nicht zweifelsfrei) mit der Erhebung von Studiengebühren erklären lassen. Hervorzuheben ist aber, dass auch in den gebührenfreien Ländern aus Studierendensicht deutliche Verbesserungen der Lehrqualität erreicht wurden. Der insgesamt aus Studierendensicht festzustellende Trend einer Verbesserung der Studienbedingungen in den vergangenen Jahren ist demnach in erster Linie auch auf den Einfluss anderer Faktoren – etwa der Studienstrukturreform, der Anwendung von Instrumenten der Qualitätssicherung, der Berücksichtigung des Lehrerfolges als Kriterium bei der staatlichen Hochschulfinanzierung etc. – zurückzuführen.



## Literaturhinweise

- Bargel, T./Müßig-Trapp, P./Willige, J. (2008). Studienqualitätsmonitor 2007. Studienqualität und Studiengebühren. HIS:Forum Hochschule Nr. F1/2008. Hannover: Hochschul-Informationssystem GmbH.
- Heine, Chr./Quast, H. (2009). Studienberechtigte 2008. Studien- und Ausbildungswahl ein halbes Jahr nach Schulabgang. Ergebnisse einer Vorabauswertung. HIS-Projektbericht. Internet: [http://www.his.de/pdf/21//pdf/21/studienberechtigte2008\\_vorabauswertung.pdf](http://www.his.de/pdf/21//pdf/21/studienberechtigte2008_vorabauswertung.pdf) (Abruf: 15.02.2010).
- Heine, Chr./Quast, H./Spangenberg, H.(2008): Studiengebühren aus der Sicht von Studienberechtigten. Finanzierung und Auswirkungen auf Studienpläne und -strategien. HIS:Forum Hochschule Nr. F15/2008. Hannover: Hochschul-Informationssystem GmbH.
- Heine, Chr./Willich, J./Schneider, H./Sommer, D. (2009). Studienqualität in Ost- und Westdeutschland. Eine Sekundäranalyse des Studienqualitätsmonitors 2008. HIS-Projektbericht. Internet: [http://www.his.de/pdf/24/HIS\\_SQM2008\\_OW\\_fin.pdf](http://www.his.de/pdf/24/HIS_SQM2008_OW_fin.pdf) (Abruf: 15.02.2010).
- Heine, Chr./ Willich, J./Schneider, H./ Sommer, D. (2008). Studienanfänger im Wintersemester 2007/08. Wege zum Studium, Studien- und Hochschulwahl, Situation bei Studienbeginn. HIS: Forum Hochschule 16 | 2008. Hannover: Hochschul-Informationssystem GmbH.
- Isserstedt, W./Middendorff, E./Fabian, G.(Wolter, A. (2007). Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2006. 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationssystem. Internet: [http://www.sozialerhebung.de/pdfs/Soz18\\_Hauptbericht\\_internet.pdf](http://www.sozialerhebung.de/pdfs/Soz18_Hauptbericht_internet.pdf) (Abruf: 15.02.2010=.
- Jaeger, M./Willige, J. (2009). Führen Studiengebühren zu einer Steigerung der Studienqualität? Empirische Anhaltspunkte aus Studierendensicht. In Hochschul-Informationssystem GmbH (Hg.), Perspektive Studienqualität. Themen und Forschungsergebnisse der HIS-Fachtagung „Studienqualität“ (S. 138-150). Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.
- Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen. (2006). Studienbeiträge in Nordrhein-Westfalen. Partnerschaft für bessere Hochschulen. Internet: [http://www.innovation.nrw.de/objekt-pool/download\\_dateien/hochschulen\\_und\\_forschung/broschuereStudienbeitraege.pdf](http://www.innovation.nrw.de/objekt-pool/download_dateien/hochschulen_und_forschung/broschuereStudienbeitraege.pdf) (Abruf: 10.02.2010).
- Voeth, M. (2009). Ergebniszusammenfassung Gebührenkompass 2009. Internet: [http://www.gebuehrenkompass.de/download\\_dateien/Ergebniszusammenfassung\\_Gebuehrenkompass\\_2009.pdf](http://www.gebuehrenkompass.de/download_dateien/Ergebniszusammenfassung_Gebuehrenkompass_2009.pdf) (Abruf: 15.02.2010).
- Wiarda, J.-M. (2009). Verheizt. Die Uni Hohenheim will mit Studiengebühren das Haushaltsdefizit decken. Beahlt werden soll damit auch ein Großteil der Heizkosten. Ein Kommentar. DIE ZEIT Nr. 7 vom 05.02.2009.

Die Ergebnisse des Studienqualitätsmonitors 2008 und 2009 werden voraussichtlich im April 2010 in der Reihe HIS:Forum Hochschule veröffentlicht.